Bremen

Offene Daten optimieren E-Government

[01.06.2016] In Bremen und darüber hinaus sind Entwickler eingeladen, gemeinsam die E-Government-Dienste der Freien Hansestadt zu verbessern. Bevor die Entwickler zur Tat schreiten, wird aber das Interesse der Bürgern an den möglichen Angeboten erkundet.

Vor zehn Jahren wurde das Bremische Informationsfreiheitsgesetz (IFG) im Gesetzesblatt der Freien Hansestadt veröffentlicht – ein guter Anlass, um zurück und gleichzeitig nach vorn zu blicken. Um das Gesetz den neueren Anforderungen von Open Government Data anzupassen und mit Leben zu füllen, hat das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) im Jahr 2011 die Senatorin für Finanzen bei einem Apps4Bremen-Wettbewerb unterstützt. Bremische Behörden haben Daten auf dem Bremer Datenportal zur freien Nutzung bereitgestellt und Entwickler haben daraus Apps für unterschiedliche Betriebssysteme von Smartphones gemacht. Heute stehen über 100 offene Datensätze und 35 Anwendungen auf dem so genannten Transparenzportal bereit. Wien hat fast 200 solcher Anwendungen. Sollte sich Bremen deshalb das Ziel setzen, quantitativ aufzuholen? Mit Blick auf Qualität und Nutzung der Apps in Bremen und in Wien zeigt sich, dass viele nur für ein Betriebssystem entwickelt sind. Die am besten bewertete Bremen-App ist nur auf einem Windows Phone nutzbar. In Wien gibt es mehrere Apps, die nur mit einem Blackberry genutzt werden können. In Wien ist keine dieser Apps in das offizielle E-Government-Portal integriert, in Bremen findet man sie im Transparenzportal, aber nicht im Serviceportal. Jede Applikation hat ein anderes Design, eine andere Navigation und unterschiedliche Karten. Nutzer müssen sich also immer neu eingewöhnen. Für manche Themen gibt es in Wien bis zu fünf unterschiedliche Apps. Eigentlich wäre es erforderlich, die Anwendungen in mehreren App-Stores herunterzuladen, um dann zu entscheiden, welche davon man nutzen möchte.

Von Vorbildern lernen

Diese Art offener und zielloser Bereitstellung von im rechtlichen und technischen Sinne offenen Daten lenkt das Engagement und die Kreativität der Entwickler in eine ungewisse Zukunft und teilweise ins Leere. Am Ende sollen doch bessere Services für Bürger entstehen, die dauerhaft mit aktuellen Daten arbeiten und welche die Nutzer auch dort finden, wo sie nach diesen Diensten suchen. Die Datenbereitstellung ist für die Verwaltung immer mit Aufwand verbunden. Ein Haushaltsnotlageland wie Bremen kann die Kreativität und das Engagement von Entwicklern in effektivere Bahnen und zu einer Win-win-win-Situation führen. Daten werden für eine gemeinsam abgestimmte Entwicklung konkreter E-Government-Dienste bereitgestellt und genutzt. Die entwickelten Anwendungen werden am Ende in das Serviceportal integriert, dort mit verwandten Diensten verknüpft und von den zuständigen Behörden gepflegt. Daher hat das Institut für Informationsmanagement Bremen vorgeschlagen, zum zehnten Geburtstag des Bremischen IFG nicht noch einmal einen offenen Apps4Bremen-Wettbewerb auszurufen, sondern Entwickler in Bremen und darüber hinaus zur gemeinsamen Verbesserung der E-Government-Dienste einzuladen. Die EU-Kommission nennt das Co-Creation of Public Services. Im Auftrag der Senatorin für Finanzen hat sich das ifib außerdem Apps auf den Open-Data-Portalen anderer Städte, darunter Wien, Berlin, München und Köln angesehen. Es sollte ermittelt werden, ob dort die Visualisierung, die Navigation und die Verknüpfung mit anderen Daten besser gelungen ist als bei den bisherigen Angeboten aus Bremen. Das kann in einer Reihe von Fällen neidlos bejaht werden. Konstruktiv gewendet hat das Institut dann bremische Angebote mit Verbesserungspotenzial ausgewählt und erste Ideen und

Wünsche formuliert.

Verbesserte Dienste statt weiterer Apps

Bevor nun Entwickler zu dieser Ko-Entwicklung eingeladen werden, soll zunächst das Interesse der Bürger an den möglichen Angeboten erkundet werden. Dazu hat das Institut 14 mögliche Anwendungen aufgelistet. Diese werden für drei Wochen über die Website der Freien Hansestadt zur Abstimmung gestellt (wir berichteten). Jeder kann drei Anwendungen auswählen, an denen das größte Interesse besteht. Für die zehn Anwendungen mit den meisten Punkten werden dann Mitte Juni die Anforderungen zusammen mit den datenhaltenden Stellen konkretisiert und die erforderlichen Daten auf dem Bremer Transparenzportal bereitgestellt. Entwickler werden eingeladen, zusammen mit den jeweiligen Behörden die skizzierten Anwendungen mit weiteren Ideen zu entwickeln. Am Ende sollen also nicht weitere Apps in verschiedenen App-Stores landen, sondern inhaltlich und optisch verbesserte E-Government-Dienste auf der kommunalen Website und responsiv für unterschiedliche Endgeräte angeboten werden. Dieser Ansatz nützt nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Bürgern und letztlich ebenso den Entwicklern. Denn was nützt eine App bei der Suche nach einem Kindergarten oder einem Namen für ein neugeborenes Baby, die nur auf einem Blackberry nutzbar ist? Oder wie sinnvoll sind drei verschiedene Apps für die Visualisierung des Haushalts, die in verschiedenen Shops herunterzuladen sind, um sie vergleichen zu können? Es ist an der Zeit, eine neue Phase der Nutzung offener Daten für die gezielte gemeinsame Entwicklung von E-Government-Diensten einzuleiten.

Position der Fachreferate

Bei der Klärung der Bereitschaft der datenhaltenden Stellen musste das ifib zunächst feststellen, dass einige Anwendungen aus anderen Städten in Bremen nicht entwickelt werden können. Entweder gibt es die entsprechenden Daten wie ein Baumkataster oder Daten zum Pollenflug nicht oder die jeweiligen Sachverhalte, beispielsweise Hundezonen, fehlen. Dort, wo Anwendungen und Daten vorhanden sind, war das Echo sehr unterschiedlich. Viele Fachreferate fanden es interessant, wenn einmal Externe auf ihr Internet-Angebot schauen. Andere sehen darin einen kostengünstigen Weg, ihr Angebot mobil zu machen. Einige aber wehrten eine Zusammenarbeit mit Externen auch ab. Letztere stehen nicht mehr auf der Liste. Damit das Experiment gelingt, hofft das Institut zunächst auf eine rege Teilnahme der Bremer an der Bevölkerungsumfrage.

()

Stichwörter: Open Government, Bremen, ifib, E-Partizipation, Apps